

V0155/21

Antrag zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements durch Anerkennung
- Antrag der UWG-Stadtratsfraktion-

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 15.07.2021

Der Antrag der UWG-Stadtratsfraktion V0155/21 und der Antrag der Verwaltung (V0595/21) werden gemeinsam behandelt.

Stadtrat Niedermeier zeigt sich enttäuscht über die Vorlage der Verwaltung. Das Wort „derzeit“ im Antragstext gebe allerdings Hoffnung. Natürlich sei bekannt, dass über allen Referaten der Geist des Sparens schwebte. Ihm gefalle nur nicht die Beteiligung des Gartenamtes, weil klar sei, dass dieses Amt zu wenig Personal, zu viel Arbeit und zu wenig oder gar kein Geld habe. Stadtrat Niedermeier überlegt nun, wie manchmal das Gartenamt, in den Bezirksausschüssen für die Pflanzung von Bäumen zu werben. Dort stehe manchmal Geld zur Verfügung und es gebe Personen, die sich aus den Vereinen kennen würden und die ehrenamtlich Tätigen benennen könnten, aber auch Plätze für eine Bepflanzung wissen würden. Er werde es vielleicht im Bezirksausschuss Friedrichshofen versuchen. Stadtrat Niedermeier ist der Meinung, dass allen bekannt sei, wie wichtig das Ehrenamt sei. Es ginge um einen kleineren Personenkreis und wer mehr als 25 Jahre einen Verein führe, sei über den Aufwand informiert.

Stadtrat Werner befürwortet den Antrag der UWG-Stadtratsfraktion. Es sei auch nicht nötig, jedes Mal einen neuen Baum zu pflanzen. Es ginge um ein äußeres Zeichen der besonderen Wertschätzung. Jedes Jahr werden Bäume gepflanzt und dort könnten mit einem bescheidenen Aufwand Schilder angebracht werden.

Stadtrat Ettinger findet die Idee nicht schlecht, aber diese besondere Anerkennung sollte bei den Vereinen bleiben.

Herr Fischer betont, dass es ihm wichtig sei, dass die Personalressourcen der Stadtverwaltung zur direkten Förderung des ehrenamtlichen Engagements genutzt werden und man sich gerade im Zentrum für lokales Freiwilligenmanagement im Personalaufbau befinde. Was das Budget betreffe, werde Herr Fischer schauen, dass nicht nur die Anerkennung der langjährigen Leitungsfunktionen in die Breite gebracht werde, sondern auch eine Unterstützung derjenigen stattfinde, die aktuell in der Breite die ehrenamtliche Arbeit leisten würden. In den Vereinen werde durch zusätzliche Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften und langjähriges Engagement auch schon Anerkennung gezeigt. Zur Förderung und Gewinnung von Ehrenamtlichen müssten Projekte gezeigt werden und Rahmenbedingungen geschaffen werden mit dem Ziel, auch Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die sich noch nicht ehrenamtlich engagiert hätten, um eine breite Basis des bürgerschaftlichen Engagements in Ingolstadt zu schaffen.

Stadtrat Niedermeier stimmt Stadtrat Ettinger zu, dass auch in den Vereinen Ehrungen stattfinden würden in Form von Anstecknadeln und Urkunden. Aber an die Pflanzung eines

oder mehrerer Bäume könne er sich aus seiner Zeit als Lehrer am Tag des Baumes noch gut erinnern. Damals sei nicht gefragt worden, was das koste, sondern die Arbeiter seien von der Gemeinde für die Pflanzung zur Verfügung gestellt worden

Stadtrat Ettinger merkt an, dass vielleicht eine Möglichkeit gefunden werden könnte, vernünftige Würdigungen auszusprechen, z. B. indem man den Vereinen gestatte, den öffentlichen Raum zu nutzen. Des Weiteren erkundigt sich Stadtrat Ettinger, ob in diesem Jahr wieder der Abend des Ehrenamtes stattfindet.

Bürgermeisterin Kleine geht davon aus, dass diese Tradition nicht aufgegeben werde.

Stadtrat Werner führt aus, dass die SPD-Stadtratsfraktion einen Antrag gestellt habe, den Ehrenamtsabend neu zu konzipieren. Eine im öffentlichen Raum zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung sei viel wert. Er bittet deshalb Herrn Fischer darum, die Sache noch einmal zu überdenken. 800 – 1.000 EUR müssten sicherlich nicht ausgegeben werden, um trotzdem eine Würdigung zu erreichen.

Bürgermeisterin Kleine betont die Wichtigkeit des sozialen Miteinanders. Der Zusammenhalt komme durch das Arbeiten im Ehrenamt und nicht durch eine dritte oder vierte Form der Anerkennung. Das Ehrenamt werde unterstützt durch die Freiwilligenagentur, durch den Ehrenamtspass, durch den Ehrenamtsabend und sie wage zu bezweifeln, ob die Motivation durch das Anbringen eines Schildes oder durch Pflanzung eines Baumes erreicht werde. Das Schöne sei der Zusammenhalt, der als Wert erhalten bleiben sollte, das sei ihr Appell.

Stadträtin Mayr stellt klar, dass es darauf ankomme, wie der Einzelne die Wertschätzung empfinde. Dies sei immer eine gefühlte Wertschätzung, die vermittelt werden müsste. Wie das erreicht werde, sei egal. In den letzten 1 ½ Jahren sei alles zum Erliegen gekommen. Sie glaubt, dass deshalb eine öffentliche Anerkennung dringend notwendig sei und ein schönes Zeichen sei, obwohl sich keiner für eine Plakette am Baum ehrenamtlich engagieren werde, denn das Kernstück des Ganzen sei die eigentliche ehrenamtliche Arbeit.

Bürgermeisterin Kleine zeigt auf, dass es nicht daran gefehlt habe, dass sich die Stadt Ingolstadt und die Verwaltung nicht konstruktiv mit den Problemen vor Ort befasst habe. Es sei nach Grundstücken und Liegenschaften für die Tafel gesucht worden und man habe sich intensiv mit dem Tierschutzverein befasst. In jeder Situation habe die Verwaltung versucht, Alternativen oder Lösungen zu finden. Es habe auch die Option einer Ehrung nicht gefehlt, sondern das Miteinander und dies habe vereinsamt. Deshalb legt Bürgermeisterin Kleine zu diesem Teil der Diskussion ein klares Veto ein. Ob zur Würdigung eine Baumpflanzung dazu genommen werden sollte, müsse der Stadtrat entscheiden. Für das 1 Mio-Bäume-Programm bekomme man nicht genug Fläche her, aber vielleicht entstehe durch die Diskussion ein „Ehrenamtshain“, den man als Agrarstruktur etablieren könnte. Wenn die Idee gut sein sollte, dann brauche es beides: Qualität und den richtigen Zeitpunkt.

Stadtrat Dr. Kern stellt fest, dass eine Baumpflanzung, z. B. ein Apfelbäumchen, eine positive Symbolik habe, die durch den öffentlichen Raum verstärkt werde. Es könnte zentral das Gelände der Landesgartenschau dafür verwendet werden oder über die einzelnen Stadtteile mit den Vereinen, über die Bezirksausschüsse und über die Schulen im Rahmen eines Wandertages erfolgen. Wenn Konsens bestehe, sollte das Thema in der Form mitgenommen werden.

Bürgermeisterin Kleine greift das Beispiel des Apfelbäumchens auf und schlägt die Möglichkeit vor, eine Streuobstwiese entstehen zu lassen, die ehrenamtlich gepflegt und geerntet werden könnte.

Stadtrat Werner zeigt am Beispiel des VdK-Kreisverbandes auf, dass es für die Vereine zunehmend schwieriger werde, Ehrenamtliche zu finden. Deshalb sei ihm jeder geeignete Vorschlag recht, um die Wertschätzung für die Ehrenamtlichen zum Ausdruck zu bringen. Die Idee mit der Streuobstwiese finde er durchaus charmant und dies könne mit geringem Kostenaufwand umgesetzt werden. Es müsse aber etwas geschehen, sonst würden sich in einigen Jahren noch ganz andere Vereine auflösen als ein Kriegerverein.

Stadträtin Mader merkt nach den vielen Beispielen der Wertschätzung für das Ehrenamt an, dass es die Möglichkeit gebe, in der Mailinger Aue Plaketten an den bestehenden Bäumen anzubringen.

Stadtrat Ettinger betont, dass sich das Ehrenamt gerade in einem massiven Veränderungsprozess befinde und sich vom Verein löse. Es gebe eine große Hilfsbereitschaft, z. B. bei Aufrufen in Facebook zur Hilfe im Tierschutzverein, aber die Bindung an einen Verein lasse nach. Ansonsten teile er die Auffassung von Bürgermeisterin Kleine zu 100 %. Stadtrat Ettinger findet die ganze Diskussion sehr erhellend.

Bürgermeisterin Kleine rät dazu, den Antrag zurück in die Verwaltung zu verweisen. Bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates oder auch später, sollte die Zeit nicht ausreichen, werden Vorschläge zur Umsetzung der Ideen erarbeitet, so dass aber der „Geist“ des Antrages der UWG-Stadtratsfraktion -Baum mit Plakette- eventuell erhalten bleibe, aber in einer anderen Form. In diesem Zusammenhang müsse in Zukunft aber grundsätzlich neu überlegt werden, wie das Ehrenamt gefördert werden könne. Vereinsamt oder vereinsamt sei nicht nur eine Sache der Betonung, sondern auch eine Sache der Entwicklung. Es müsse zudem über die Laufzeit der ehrenamtlichen Tätigkeit nachgedacht werden, um in den Genuss z. B. einer Ehrenamtskarte zu kommen.

Der Antrag der UWG-Stadtratsfraktion (V0155/21) sowie der Antrag der Verwaltung (V0595/21) werden für weitere Beratungen zurück in die Verwaltung verwiesen.